



EUROPÄISCHE
NACHBARSCHAFTSPOLITIK:
HANDEL UND GEWERBE

EIN BEITRAG ZUM WIRTSCHAFTLICHEN AUFSCHWUNG

Europäische Nachbarschaftspolitik

ec.europa.eu/world/enp

Europäische Kommission
Generaldirektion
Auswärtige Beziehungen
B – 1049 Brüssel
enp-info@ec.europa.eu

NF-30-08-032-DE-D

Dringend benötigte Kredite

Bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) können überall Probleme bei der Finanzierung ihres Wachstums auftreten. Palästinensische Unternehmen sind durch die unsichere politische Situation und eine entsprechende Zurückhaltung der örtlichen Banken davon besonders betroffen.

Um Banken zur Kreditvergabe an SME anzuregen, die über einen soliden Businessplan, aber keine Sicherheiten verfügen, finanzieren die EU und Deutschland den Europäisch-Palästinensischen Kreditbürgschaftsfonds für kleine Unternehmen mit bis zu 20 Mitarbeitern.

„Mit Hilfe des Programms konnten seit September 2006 2226 Arbeitsplätze neu geschaffen oder erhalten werden“, erläutert der Geschäftsführer des Fonds, John Khoury. Etwa 80 % der Unternehmen, die von dem Fonds profitieren, hätten auf Grund fehlender Sicherheiten keine Kredite erhalten.

Zu den Unternehmen, die bislang davon profitierten, gehören Arztpraxen, Einzelhändler, Möbelfabrikanten, Alurahmenhersteller und Olivenholzschnitzer.

Vertrauen in Ideen

Im Rahmen dieses Programms vergeben Banken wie die Hausbank für Handel und Finanzierung Kredite von durchschnittlich 25 000 US\$ und maximal 50 000 US\$ an KMU. Für 2009 plant die Bank die Vergabe von mindestens 200 Krediten, für die der Fonds eine Bürgschaft übernimmt.

„Dank des Fonds sind wir bei der Kreditvergabe an KMU weitaus zuversichtlicher“, stellt Suzan Khoury, stellvertretende Regionalmanagerin der Bank, fest. „Es ist jetzt möglich, Geld an Kunden zu verleihen, die ansonsten wegen fehlender Sicherheiten nicht kreditwürdig wären. Dadurch können sie ihre Geschäftstätigkeit erweitern, wodurch wiederum neue Chancen und Arbeitsplätze geschaffen werden.“

Das Bankenpersonal wird auch in der Bewertung der Finanzsituation von Unternehmen anhand des Cash-flows geschult, anstatt auf traditionellen Sicherheiten in Form von Vermögen zu bestehen.

Über das Geschäft reden

Obwohl die Europäische Union Israels größter Handelspartner ist, bleibt viel Potenzial noch ungenutzt. Zur Erschließung neuer aussichtsreicher Kooperationsmöglichkeiten haben die EU und Israel Spitzenunternehmer zu Gesprächen über die Geschäftsbedingungen eingeladen.

An dem im November 2007 begonnenen Geschäftsdialog zwischen der EU und Israel ist hauptsächlich eine Gruppe von 20 israelischen und europäischen Spitzenunternehmern beteiligt, die über die Entwicklung des bilateralen Handels und der Investmentaktivitäten diskutieren.

„Für ein kleines Land wie Israel sind gute Geschäftsbeziehungen zur EU von entscheidender Bedeutung“, erläutert Yossi Vardi, einer der führenden israelischen High-Tech-Pioniere und Leiter der israelischen Seite des Dialogs.

Die europäische Seite wird von Mathias Döpfner, Vorstandschef der Axel Springer AG, einem der größten Medienkonzerne Europas, geleitet.

Die Gruppe kommt zügig voran. In den ersten Monaten wurde bereits an einem politischen Positionspapier gearbeitet, es wurden Branchenforen in so verschiedenen Bereichen wie Telekommunikation und neue Medien, Finanzen, Energie und Umwelttechnologien eingerichtet und Treffen Dutzender Unternehmer organisiert.

Demnächst sollen Geschäftsreisen europäischer Delegationen nach Israel und umgekehrt organisiert werden.

- EU-Mitgliedstaaten
- ENP-Partnerländer
- Kandidaten für eine EU-Mitgliedschaft
- Potenzielle Kandidaten für eine EU-Mitgliedschaft



EUROPÄISCHE KOMMISSION
Außenbeziehungen



© Khaled Diab

© David Kriss

Wie eine kürzlich durchgeführte Studie ergab, spricht sich die Mehrheit der Bürger der Europäischen Union für eine engere Zusammenarbeit mit den Nachbarländern aus. Sie sind der Ansicht, dass engere Beziehungen zur Stärkung von Frieden und Demokratie beitragen.

Genau darum geht es in der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP). Sie wurde 2003/2004 mit dem Ziel entwickelt, die erweiterte EU und unsere Nachbarn einander näher zu bringen. Im Rahmen der ENP werden konkrete Maßnahmen zur Unterstützung von Reformen und zur Erweiterung des Wohlstands unternommen, um das Alltagsleben der Menschen in unserer Nachbarschaft zu verbessern.

Wie funktioniert sie nun? Die EU vereinbart mit jedem Nachbarland, wie über einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren die Beziehungen ausgebaut und Reformen unterstützt werden können. Die gemeinsamen Verpflichtungen werden in so genannte Aktionspläne aufgenommen. Sachkenntnisse und Finanzierungsmittel (in Höhe von fast 12 Milliarden Euro von 2007 bis 2013) werden im Rahmen des „Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments“ (ENPI) für die Förderung von Modernisierung und Reformen zur Verfügung gestellt.



Einfallsreiche Lösungen

Im Zuge der wirtschaftlichen Integration konnte sich die EU zur größten Handelsregion der Welt entwickeln und einen hohen Lebensstandard sichern. Der Aufschwung ist auch ein Beitrag zu Frieden und Stabilität.

Durch die ENP werden die Nachbarländer bei ihren politischen und wirtschaftlichen Reformen zur Förderung von Handel und Investitionen unterstützt und ihnen wird ein breiterer Zugang zum EU-Markt gewährt.



Gute Chancen für ukrainische Unternehmen

Der Industrieverbund Donbass (IUD) ist ein außergewöhnliches Unternehmen. Es gehört zu den wenigen ukrainischen Firmen, die nicht nur zahlreiche Kunden in der EU haben, sondern dort auch investieren. Die auf Metallurgie, Bergbau, Maschinenbau und Nahrungsmittelherstellung spezialisierte Gesellschaft verfügt über Betriebe in Polen, Ungarn und anderen europäischen Ländern.

Die IUD und andere ukrainische Unternehmen erwarten sich von engeren Handelsbeziehungen zur EU gute Export- und Investitionschancen. Durch die kürzliche Aufnahme der Ukraine in die Welthandelsorganisation und das geplante Freihandelsabkommen mit der EU verfügen die ukrainischen Unternehmen über optimale Voraussetzungen für eine vollständige Integration in das europäische und weltweite Handelssystem.

„Das Freihandelsabkommen ist gut für das Wirtschafts- und Investitionsklima in der Ukraine“, erläutert Oleksiy Miroshnychenko, geschäftsführender Vizepräsident des ukrainischen Unternehmensverbandes, der 200 der größten ukrainischen Unternehmen mit zusammen 5 Millionen Mitarbeitern vertritt. „Dies wird sich nicht nur auf die Geschäftstätigkeit, sondern auch in anderen Bereichen, wie Arbeitsschutz und Umwelt, positiv auswirken.“

Nützliche Beziehungen

Ziel des Freihandelsabkommens ist die Förderung der Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen der EU und der Ukraine. „Der Zugang zu Finanzierung ist für die ukrainischen Unternehmen ein äußerst wichtiges Thema“, fügt Miroshnychenko hinzu. „Wir wollen die ausländischen Direktinvestitionen steigern und sehen in dem Abkommen mit der Europäischen Union einen wichtigen Beitrag dazu.“

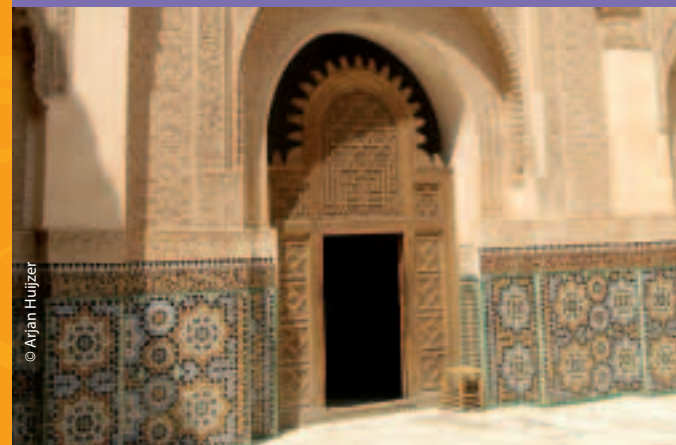
„Durch die Anpassung verschiedener Bereiche des Geschäftsumfeldes an die Rechtsvorschriften der EU werden ukrainische Unternehmen leichter auf dem europäischen Markt Fuß fassen können“, fügt er hinzu.

Unterschiede durch Dialog überwinden

Angeregt durch Modelle des sozialen Dialogs in der EU kommen ukrainische Arbeitgeber, Gewerkschaften und die Regierung regelmäßig im Nationalen Dreiseitigen Wirtschafts- und Sozialrat zusammen.

Der Dreiseitige Rat fördert den Dialog zu solchen Themen wie Löhnen, Arbeitsbedingungen, staatlicher Regulierung und Politik. In persönlichen Gesprächen wird der Ausgleich zwischen den Interessen der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und des Staates gesucht.

„Der Dreiseitige Rat ist das führende Diskussionsforum zu sozialen, rechtlichen und staatlichen Fragen“, erläutert Oleksiy Miroshnychenko, einer der Vizepräsidenten des Rates.



Umfassende Kommunikation schafft solide Grundlage

Die marokkanische Vereinigung für Bauwesen und staatliche Bauprojekte (FNBTP) vertritt 1 350 Firmen aller Größenordnungen direkt und weitere 2 700 indirekt.

„Das größte Problem der Berufsverbände ist oft, dass die Mitglieder das Gefühl haben, sie werden nicht ausreichend informiert“, sagt Mustafa Miftah, Vorsitzender der FNBTP.

Deshalb beschloss die FNBTP, ihr Kommunikationssystem zu modernisieren und zur Förderung der Geschäftstätigkeit einzusetzen. Mit Unterstützung der EU organisierte die Vereinigung Industriemessen und Geschäftsforen und verbesserte ihren eigenen Internetauftritt.



Ägyptische Gastfreundschaft

Ägypten wurde schon zu Zeiten des Alten Roms bereist und ist das älteste Reiseziel der Welt. Von den Pyramiden und Tempeln von Theben über das Rote Meer und die Metropole Kairo bis hin zur reichhaltigen Kultur und der Gastfreundschaft seiner Menschen bietet Ägypten zahlreiche Attraktionen. Das Land wird jährlich von 10 Millionen Besuchern bereist und gehört damit zu den beliebtesten Reisezielen der Welt.

„Der Tourismus ist in Ägypten bereits sehr erfolgreich. Das ägyptische Fremdenverkehrsamt will diesen Erfolg aber noch weiter ausbauen, was jedoch nur über eine umfassende Stärkung der eigenen Kapazitäten möglich ist“, erläutert EU-Projektberater Tim Bartlett. „Hier setzen wir an, um für das Fremdenverkehrsamt zusätzliche Fachkräfte auszubilden.“

Stärkung durch Partnerschaft

Bartlett ist an einem Partnerschaftsprojekt beteiligt, bei dem EU-Experten ihre ägyptischen Kollegen bei der Optimierung von Arbeitsabläufen und der Einführung moderner Geschäftspraktiken unterstützen. „Das Partnerschaftsprojekt beruht hauptsächlich auf der Weitergabe von Kenntnissen und Know-how“, erläutert er.

„Die ägyptischen Beamten müssen eine neue Einstellung zu Teamarbeit und Informationsaustausch erlernen. Dieses Projekt war dabei sehr nützlich“, erläutert Projektmitarbeiter Sahar Abdel-Megeed Saleh.

Mit diesem Partnerschaftsprojekt wurde das ägyptische Fremdenverkehrsamt bei der Modernisierung seiner Verwaltungsstruktur und der Entwicklung einer umfassenden Marketing-Strategie unterstützt. „Mit dem von uns entwickelten Plan kann Ägypten auf seinen Stärken aufbauen und neue Marktnischen erschließen“, berichtet die österreichische Expertin Elisabeth Woschnogg.

Die EU und Ägypten arbeiten auch in anderen Bereichen in ähnlichen Partnerschaftsprojekten zusammen. Dazu gehören zum Beispiel die Sicherheit des Straßen-, Eisenbahn- und Schiffsverkehrs, das Post- und Fernmeldewesen, ausländische Direktinvestitionen, Umweltbelange und die Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz.